

Kalk bleibt

bunt!



Am 28. Januar: Schon wieder! Nazis und „pro Köln“ wollen weiter in Kalk provozieren.

Am 19. November versuchte „pro Köln“ vergeblich, eine Demonstration gegen das Autonome Zentrum durchzuführen. Am 28. Januar versuchen sie es wieder. Am 10. Dezember wurden die Neonazis um A. Reitz von der Polizei durch unseren Stadtteil eskortiert. Was diese menschenverachtenden rechten Gruppen eint, ist der Hass auf „die Anderen“, „die Fremden“, also auf Alle, die nicht in ihr ausgrenzendes autoritäres Weltbild passen.

Diesen Leuten ist jeder Anlass willkommen, Unsicherheit, Angst und Zwietracht zu schüren: Ob die Vertreibung des Junkiebundes (heute vision e.V.) aus Humboldt-Gremberg oder jetzt gegen das Autonome Zentrum in der Wiersbergstraße. Sie sind gegen die Selbstorganisation von Drogenabhängigen, gegen alternative Jugendkultur und säen Hass gegen Homosexuelle und Migranten. Immer konstruieren diese Hetzer ein Gegenüber, das „Fremd“, „Neu“ oder „Anders“ ist.

Kalk bleibt bunt!

Seit seiner Entstehung ist Kalk geprägt von Einwanderung und dem Umgang mit Menschen aus anderen Regionen.

- Im Hochmittelalter kamen Pilger zur Kalker Kapelle – in den benachbarten Gaststätten wurden sie versorgt.
- Während der Industrialisierung kamen Arbeiter mit ihren Familien, zuerst aus dem Bergischen Land und später aus ganz Deutschland, um in den Fabriken zu arbeiten.
- Nach dem 2. Weltkrieg siedelten sich viele Menschen aus den ehemaligen Ostgebieten hier an.
- Die 60iger und 70iger Jahre waren geprägt vom Zuzug von Menschen aus Italien und der Türkei.
- In den folgenden Jahren kamen Menschen als Kriegsflüchtlinge – zum Beispiel aus dem Iran, Jugoslawien oder Afghanistan. Menschen kamen, die in der Ukraine oder in Rußland wegen ihres Glaubens oder ihrer Herkunft nicht mehr leben (mochten oder) konnten. Studenten aus Nordafrika sind als Studenten der naheliegenden Fachhochschule in unseren Stadtteil gezogen.
- In den letzten Jahren wanderten Familien aus Zentral- und Ostafrika ein, die den dortigen sozialen Verwerfungen und Kriegen entkommen konnten.
- Im Moment entdecken junge Leute und Künstlerinnen und Künstler die Attraktivität des multikulturellen Lebens und suchen in Kalk Wohnungen oder gründen Wohngemeinschaften.

Zusammenleben verteidigen!

Als am 19. November „pro Köln“ versuchte, Hassparolen in die Kalker Hauptstrasse zu tragen, stellen sich Ihnen viele Kalkerinnen und Kalker erfolgreich entgegen. Anders als vom Sprecher der Interessensgemeinschaft Kalker Hauptstraße und leider auch vom Bezirksbürgermeister Thiele später behauptet, waren die Teilnehmerinnen nicht junge „Linksradikele“ von außen, die Kalk zur „Frontstadt“ machen wollen. Die Sitzblockade wurde ausgelöst auch von eher älteren Kalkerinnen und Kalkern aus unterschiedlichsten politischen Lagern. Dabei waren Geschäftsleute aus Kalk, Familien mit Kind und Kegel, Gewerkschafter von der IG Metall und verdi, und sogar Politikerinnen aus dem Bundes- und dem Landtag.

Auf dieser fröhlichen Kundgebung für ein gutes Zusammenleben debattierten Jung und Alt miteinander. Junge Familien (manche mit, manche ohne) „Migrationshintergrund“ tranken Tee, der aus den umliegenden gastronomischen Einrichtungen herausgereicht wurde. Es gab Augenblicke, in denen jüngere Leute ihre Empörung kaum zähmen konnten. Z.B. als M. Beisicht, einer der Chefs der „pro Köln“, von der Polizei (!) sehr nah an die Bürgerblockade herangeführt wurde, und es zu Beleidigungen gegenüber friedlichen Demonstranten und speziell einem Bundestagsabgeordneten kam. Die Situation wurde aus dem Kreis der Kalkerinnen und Kalker gelöst: Es gab keine körperlichen Auseinandersetzungen, kein Wattebällchen (geschweige denn härteres Wurfmaterial) flog; von „Frontstadt“ konnte keine Rede sein.

Ein Stadtteil in Geiselhaft

Wer am 19. November die Kalker Hauptstrasse betreten wollte um einzukaufen, zum Frisör zu gehen oder sich den Rassisten entgegenzustellen, stand einem großen Aufgebot von Polizistinnen und Polizisten gegenüber. Die Seitenstraßen waren abgesperrt, die Hauptstraße durfte nur betreten, wer älter war und für die Beamten plausibel begründen konnte, warum er/sie gerade jetzt einkaufen wollte. Bei „falschem“ Aussehen reichte selbst das Vorzeigen eines Ausweises mit Kalker Meldeadresse nicht aus. Die polizeilichen Sperren standen in keinem Verhältnis zu den Aktivitäten der Gegner von „pro Köln“. Das Alltagsleben eines gan-

zen Stadtteils wurde lahmgelegt, um den Aufmarsch von „pro Köln“ zu ermöglichen.

Das Demonstrationsrecht ist ein hohes und schützenswertes Gut. Es galt aber offenbar nicht im gleichen Maß für diejenigen, die sich den rechten Hetzern in den Weg stellten.

Die starken Umsatzeinbußen der kleinen Gewerbetreibenden der Kalker Hauptstraße an diesem Tag haben „pro Köln“ und die Kölner Polizei zu verantworten. Die Polizei versperrte den Zugang, nicht wir, die wir gegen „pro Köln“ demonstrierten! Wir hinderten niemanden am Einkaufen!

**Wir wünschen uns von den Geschäftsleuten für den 28. Januar:
Haltet eure Geschäfte geöffnet!**

**Die Kalker Bevölkerung bitten wir:
Gehen Sie am Samstag den 28.01. morgens auf die Kalker Hauptstraße! Gehen Sie einkaufen! Gehen sie mit Freunden und der Familie spazieren! Kaufen Sie ein bei den kleinen Gewerbetreibenden! Der 28.01. ist ein guter Tag, um mit Nachbarn und Nachbarinnen über die schönen Seiten aber auch die nicht so guten Seiten unseres Stadtteils zu sprechen.**

Und wenn die Rassisten ihre menschenverachtende Botschaft vermitteln wollen, sagen wir gemeinsam laut und deutlich:

Kalk bleibt bunt!

Der Vorschlag des neuen Kölner Polizeipräsidenten, dem Aufmarsch der Rechten keinerlei Beachtung zu schenken, ist absurd und gefährlich. Wir haben aus der Geschichte gelernt, dass es wichtig und richtig ist, den „Arsch huh und die Zäng ussenander“ zu kriegen, wenn Nazis und Rassisten die Straßen und Plätze besetzen wollen. Geradezu zynisch wirkt dieser Vorschlag angesichts der Tatsache, dass die Kalker Hauptstraße gerade mal 3500 m Luftlinie von der Mülheimer Keupstraße entfernt ist: Dem Ort, an dem ein Attentat auf die Gewerbetreibenden und ihre Kunden von den Terroristen des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ verübt wurde.

